AMTSBLATT

der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Band IV Stück 7

Hannover, den 1. Dezember

1973

INHALT:

I. Gesetze und Verordnungen

- Nr. 38 Kirchengesetz zur Änderung des Kirchenbeamtengesetzes und des Pfarrergesetzes. Vom 24. Oktober 1973 263
- Nr. 39 Kirchengesetz zur Änderung des Kirchengesetzes über die Errichtung eines Verfassungs- und Verwaltungsgerichts der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands. Vom 24. Oktober 1973 263
- Nr. 40 Bekanntmachung der Neufassung des Kirchengesetzes über die Errichtung eines Verfassungs- und Verwaltungsgerichts der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands. Vom 1. November 1973 264

II. Beschlüsse und Verträge

- Nr. 41 Entschließung von Generalsynode und Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zur Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa (Leuenberger Konkordie). Vom 25. Oktober 1973 266
- Nr. 42 Entschließung der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zum Fonds für Gerechtigkeit und Versöhnung. Vom 25. Oktober 1973 267
- Nr. 43 Entschließung der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zur Weiterführung des evangelisch-katholischen Gespräches. Vom 25. Oktober 1973 268
- Nr. 44 Beschluß der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands betr. die Ordnungen „Ordination und Einführung“ und „Einführung eines Pfarrers“. Vom 25. Oktober 1973 268
- Nr. 45 Beschluß der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands betr. Revisionsarbeit an Agende I. Vom 24. Oktober 1973 268
- Nr. 46 Beschluß der Generalsynode über den Haushaltsplan und die Umlage der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands für das Rechnungsjahr 1974. Vom 23. Oktober 1973 268
- Nr. 47 Beschluß der Generalsynode über den Haushalts- und Stellenplan des Prediger- und Studienseminars Pullach für das Rechnungsjahr 1974. Vom 23. Oktober 1973 277
- Nr. 48 Beschluß der Generalsynode zu Haushaltsfragen. Vom 23. Oktober 1973 279

III. Mitteilungen

Nr. 49	Vertretungsermächtigung für das Lutherische Kirchenamt	279
Nr. 50	Briefkastenordnung für die Geschäftsstelle des Verfassungs- und Verwaltungsgerichts und des Senats für Amtszucht der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands. Gültig ab 1. Oktober 1973	279
Nr. 51	Organe/Amtsstellen und Gliederung	280
Nr. 52	Information über die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands	280

IV. Personalmeldungen

Generalsynode, Lutherisches Kirchenamt	280
--	-----

V. Aus den Gliedkirchen**VI. Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen****VII. Deutsches Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes****VIII. Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche
in der Deutschen Demokratischen Republik**

I. Gesetze und Verordnungen

Nr. 38 Kirchengesetz zur Änderung des Kirchenbeamten-gesetzes und des Pfarrergesetzes.

Vom 24. Oktober 1973.

Artikel I

§ 57 Absatz 1 des Kirchenbeamten-gesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 12. Dezember 1968 (ABl. Bd. III S. 86) erhält zur Anpassung an das Pfarrergesetz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche i. d. F. vom 10. November 1972 (ABl. Bd. IV S. 101 ff.) folgende Fassung:

„(1) Auf ordinierte Kirchenbeamte finden ergänzend die Vorschriften der §§ 3, 13, 22 Abs. 1, 29, 31, 33, 41, 43 bis 45, 47, 48, 50, 51, 59, 60, 90 Abs. 2 und 94 bis 98 des Pfarrergesetzes Anwendung.“

Artikel II

1. Hinter § 45 des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands i. d. F. vom 10. November 1972 (ABl. Bd. IV S. 101 ff.) wird eingefügt:

„§ 46 durch Kirchengesetz zur Änderung des Pfarrergesetzes vom 27. Oktober 1972 entfallen.“

2. § 77 Abs. 3 des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands i. d. F. vom 10. November 1972 (ABl. Bd. IV S. 101 ff.) erhält folgende Fassung:

„(3) Die Bestimmungen des § 70, des § 71 Absatz 5 und 6 sowie der §§ 72 Absatz 4 und 73 Absatz 1 gelten entsprechend.“

Artikel III

Dieses Kirchengesetz tritt am 1. Januar 1974 in Kraft.

Lübeck - Travemünde, den 24. Oktober 1973

Der Präsident der Generalsynode

Boyken

Der Leitende Bischof

D. Wölber

Unter Bezugnahme auf die Beschlüsse der 5. Generalsynode und der Bischofskonferenz vom 24. Oktober 1973 vollzogen.

Lübeck - Travemünde, den 24. Oktober 1973

Der Leitende Bischof

D. Wölber

Nr. 39 Kirchengesetz zur Änderung des Kirchengesetzes über die Errichtung eines Verfassungs- und Verwaltungsgerichts der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands.

Vom 24. Oktober 1973.

§ 1

Das Kirchengesetz über die Errichtung eines Verfassungs- und Verwaltungsgerichts der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands in der Fassung der Neubekanntmachung vom 6. November 1969 (ABl. Bd. III S. 226) wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Absatz 1 Nr. 2 wird nach Buchstabe c als neuer Buchstabe d eingefügt:

„d) als Rechtsmittelinstanz für Verfassungs- und Verwaltungsstreitigkeiten nach Maßgabe von Verträgen zwischen der Vereinigten Kirche einerseits und einer Gliedkirche der Evangelischen Kirche in Deutschland, die nicht der Vereinigten Kirche angehört, oder gliedkirchlichen Vereinigungen innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland andererseits und der Gesetzgebung dieser Gliedkirchen oder gliedkirchlichen Vereinigungen.“

2. Nach § 7 wird als neuer § 7 a eingefügt:

„§ 7 a

(1) In den Verträgen nach § 2 Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe d können von diesem Kirchengesetz abweichende Bestimmungen über die Beteiligten, über die Zusammensetzung der entscheidenden Senate, über die Einholung von gutachtlichen Stellungnahmen in Fragen des Bekenntnisses und über das Verfahren vor dem Verfassungs- und Verwaltungsgericht getroffen werden.

(2) Die Verträge sind im Amtsblatt der Vereinigten Kirche zu veröffentlichen.“

§ 2

Das Lutherische Kirchenamt wird ermächtigt, das Kirchengesetz in der Form, die es durch dieses Kirchengesetz zur Änderung des Kirchengesetzes über die Errichtung eines Verfassungs- und Verwaltungsgerichts der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands erhalten hat, auch in neuer Paragraphenfolge bekannt zu machen.

§ 3

Dieses Kirchengesetz tritt am 1. Januar 1974 in Kraft.

Lübeck - Travemünde, den 24. Oktober 1973

Der Präsident der Generalsynode

Boyken

Der Leitende Bischof

D. Wölber

Unter Bezugnahme auf die Beschlüsse der 5. General-synode und der Bischofskonferenz vom 24. Oktober 1973 vollzogen.

Lübeck - Travemünde, den 24. Oktober 1973

Der Leitende Bischof

D. Wölber

Nr. 40 Bekanntmachung der Neufassung des Kirchengesetzes über die Errichtung eines Verfassungs- und Verwaltungsgerichts der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands.

Vom 1. November 1973.

Aufgrund des § 2 des Kirchengesetzes zur Änderung des Kirchengesetzes über die Errichtung eines Verfassungs- und Verwaltungsgerichts der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 24. Oktober 1973 (ABL. Band IV Stück 7 S. 263) wird nachstehend der Wortlaut des Kirchengesetzes über die Errichtung eines Verfassungs- und Verwaltungsgerichts der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands unter Berücksichtigung des vorgenannten Änderungsgesetzes (ABL. Band IV Stück 7 S. 263) in der ab 1. Januar 1974 geltenden Fassung bekannt gemacht.*)

Hannover, den 1. November 1973

**Das Lutherische Kirchenamt
in Vertretung:**

Lindow

Kirchengesetz

**über die Errichtung eines Verfassungs- und Verwaltungsgerichts der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands
in der Fassung vom 1. November 1973.**

In Ausführung von Artikel 14 der Verfassung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 8. Juli 1948 haben Generalsynode und Bischofskonferenz das nachfolgende Kirchengesetz unter Wahrung der Vorschriften von Artikel 16 Absatz 4 der Verfassung beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Es wird ein Verfassungs- und Verwaltungsgericht der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands errichtet.

§ 2

(1) Das Verfassungs- und Verwaltungsgericht der Vereinigten Kirche ist zuständig:

1. zur Entscheidung

- a) aller sich aus der Verfassung der Vereinigten Kirche ergebenden Streitfragen, insbesondere

*) Hinsichtlich des § 7 Absatz 4 und des § 9 vergleiche die Rechtsverordnung vom 24. April 1970 (ABL. Band III Stück 9 Seite 303 ff.) an deren Einleitung nunmehr an die Stelle von § 8 der § 9 treten muß.

über die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze und Verordnungen der Vereinigten Kirche und über ihr Verhältnis zu den Gesetzen und Verordnungen der Gliedkirchen,

- b) aller sich aus der Verfassung einer Gliedkirche ergebenden Streitfragen nach Maßgabe der Gesetzgebung dieser Gliedkirche oder der Vereinigten Kirche im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Zuständigkeit;

2. zur Entscheidung

- a) über Verwaltungsstreitigkeiten zwischen der Vereinigten Kirche einerseits und ihren Gliedkirchen, den der Vereinigten Kirche nach Artikel 7 Abs. 4 der Verfassung unmittelbar angeschlossenen Gemeinden und den ihr nach dem Kirchengesetz vom 27. Januar 1949 angeschlossenen Werken andererseits,
- b) über Verwaltungsstreitigkeiten der Gliedkirchen, der der Vereinigten Kirche nach Artikel 7 Abs. 4 der Verfassung unmittelbar angeschlossenen Gemeinden und der ihr nach dem Kirchengesetz vom 27. Januar 1949 angeschlossenen Werke untereinander,
- c) als Rechtsmittelinstanz oder als allein zuständige Instanz für Verwaltungsstreitigkeiten nach Maßgabe der Gesetzgebung der Gliedkirchen oder der Vereinigten Kirche im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Zuständigkeit;
- d) als Rechtsmittelinstanz für Verfassungs- und Verwaltungsstreitigkeiten nach Maßgabe von Verträgen zwischen der Vereinigten Kirche einerseits und einer Gliedkirche der Evangelischen Kirche in Deutschland, die nicht der Vereinigten Kirche angehört, oder gliedkirchlichen Vereinigungen innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland andererseits und der Gesetzgebung dieser Gliedkirchen oder gliedkirchlichen Vereinigungen.

3. zur Entscheidung aller Angelegenheiten, die dem Gericht durch die Gesetzgebung der Gliedkirchen oder der Vereinigten Kirche übertragen werden.

(2) Soll eine Zuständigkeit des Verfassungs- und Verwaltungsgerichts der Vereinigten Kirche durch Gesetze der Gliedkirchen begründet werden, so bedürfen diese Gesetze der Zustimmung der Kirchenleitung der Vereinigten Kirche.

(3) Das Verfassungs- und Verwaltungsgericht der Vereinigten Kirche erstattet Rechtsgutachten auf Antrag der Vereinigten Kirche oder ihrer Gliedkirchen.

(4) Soweit für die Entscheidung des Gerichtes Fragen des Bekenntnisses wesentlich sind, hat es vor der Entscheidung eine Stellungnahme der Kirchenleitung beizuziehen. Die Kirchenleitung soll in grundsätzlichen Fragen vor ihrer Stellungnahme die gutachtliche Äußerung mindestens eines Hochschullehrers lutherischen Bekenntnisses einholen.

§ 3

Beteiligte vor dem Verfassungs- und Verwaltungsgericht der Vereinigten Kirche können sein:

- a) die Vereinigte Kirche und ihre verfassungsmäßigen Organe,
- b) die Gliedkirchen und ihre verfassungsmäßigen Organe,
- c) die der Vereinigten Kirche nach Artikel 7 Absatz 4 der Verfassung unmittelbar angeschlossenen Gemeinden,

- d) die Werke der Vereinigten Kirche nach dem Kirchengesetz vom 27. Januar 1949,
- e) die nach der Gesetzgebung der Gliedkirchen oder der Vereinigten Kirche sonst Beteiligten.

§ 4

(1) Das Verfassungs- und Verwaltungsgericht der Vereinigten Kirche besteht aus dem rechtskundigen Präsidenten, dem rechtskundigen Vizepräsidenten und der erforderlichen Zahl weiterer rechtskundiger und geistlicher Mitglieder. Die Mitglieder des Verfassungs- und Verwaltungsgerichts der Vereinigten Kirche müssen zu kirchlichen Ämtern wählbar sein. Sie dürfen der Kirchenleitung und dem Lutherischen Kirchenamt der Vereinigten Kirche nicht angehören.

(2) Die Mitglieder des Verfassungs- und Verwaltungsgerichts der Vereinigten Kirche werden von der Kirchenleitung im Einvernehmen mit der Bischofskonferenz für eine Amtsdauer von sechs Jahren berufen. Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so gilt die Berufung eines neuen Mitglieds nur für den Rest der Amtsdauer. Bei der Berufung der Mitglieder ist die gliedkirchliche Zusammensetzung der Vereinigten Kirche tunlichst zu berücksichtigen.

(3) Der Präsident des Verfassungs- und Verwaltungsgerichts der Vereinigten Kirche wird vom Vizepräsidenten, bei dessen Verhinderung von den übrigen rechtskundigen Mitgliedern in der Reihenfolge nach dem Lebensalter vertreten. Der Präsident, der Vizepräsident und das älteste geistliche Mitglied bilden das Präsidium des Verfassungs- und Verwaltungsgerichts der Vereinigten Kirche; bei Verhinderung treten für den Präsidenten und den Vizepräsidenten rechtskundige Mitglieder, für das geistliche Mitglied ein anderes geistliches Mitglied in der Reihenfolge nach dem Lebensalter ein.

(4) Die Mitgliedschaft im Verfassungs- und Verwaltungsgericht der Vereinigten Kirche endet, wenn ein Mitglied sein Amt niederlegt oder wenn das Präsidium auf Antrag der Kirchenleitung durch Beschluß feststellt, daß ein Mitglied sein Amt wegen schweren Verstoßes gegen seine Pflichten verloren hat oder wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen nicht mehr ausüben kann.

§ 5

(1) Das Verfassungs- und Verwaltungsgericht der Vereinigten Kirche gliedert sich in Senate.

(2) Die Senate entscheiden in der Besetzung mit dem rechtskundigen Vorsitzenden, einem geistlichen und einem rechtskundigen Mitglied.

(3) Die Senate entscheiden in der Besetzung mit dem rechtskundigen Vorsitzenden, zwei geistlichen und zwei rechtskundigen Mitgliedern

- a) in Verfassungsstreitigkeiten,
- b) in Rechtsmittelverfahren, wenn das kirchliche Gericht erster Instanz in der Besetzung mit fünf Mitgliedern zu entscheiden hatte,
- c) bei der Erstattung von Rechtsgutachten nach § 2 Abs. 3,
- d) auf Vorlagen von Gerichten und Schlichtungsstellen der Gliedkirchen, soweit das Recht der Glied-

kirchen Vorlagen an das Verfassungs- und Verwaltungsgericht der Vereinigten Kirche zuläßt.

(4) Das Präsidium des Verfassungs- und Verwaltungsgerichts der Vereinigten Kirche bestimmt jeweils zu Beginn der Amtsdauer von sechs Jahren (§ 4 Abs. 2 Satz 1) die Zahl und Zusammensetzung der Senate. Es regelt für jeweils zwei Jahre die Geschäftsverteilung und die Vertretung von Mitgliedern der Senate.

§ 6

(1) Die Mitglieder des Verfassungs- und Verwaltungsgerichts der Vereinigten Kirche sind an Schrift und Bekenntnis und an Recht und Gesetz gebunden. Sie führen ihr Amt in richterlicher Unabhängigkeit.

(2) Der Leitende Bischof verpflichtet den Präsidenten und den Vizepräsidenten, der Präsident die Mitglieder auf ihren Dienst mit folgendem Gelöbnis:

Ich gelobe vor Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden, daß ich die Verfassungen, Gesetze und Ordnungen der Vereinigten Kirche und ihrer Gliedkirchen achten und wahren und meine Entscheidungen ohne Ansehen der Person fällen werde.

Die Verpflichtung kann schriftlich erfolgen.

(3) Eine Vergütung wird im allgemeinen nicht gewährt. Die Kirchenleitung kann in besonderen Fällen eine solche zubilligen. Sie setzt auch die Höhe der Tagegelder und Reisekosten sowie die Entschädigung für entstandenen Dienstaufwand fest.

§ 7

(1) Das schriftliche Verfahren bildet die Regel. Doch kann jederzeit mündliche Verhandlung angeordnet werden.

(2) Dem Gericht liegt es ob, alle Sach- und Rechtsfragen erschöpfend zu klären. Die Beteiligten sind unbeschränkt zur Auskunftserteilung und zur Vorlage der Unterlagen verpflichtet.

(3) Soweit die Vereinigte Kirche nicht am Verfahren beteiligt ist, ist die Kirchenleitung der Vereinigten Kirche zu hören.

(4) Im übrigen wird das Verfahren durch Rechtsverordnung geregelt, welche die Kirchenleitung im Benehmen mit dem Präsidium des Verfassungs- und Verwaltungsgerichts erläßt.

§ 8

(1) In den Verträgen nach § 2 Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe d können von diesem Kirchengesetz abweichende Bestimmungen über die Beteiligten, über die Zusammensetzung der entscheidenden Senate, über die Einholung von gutachtlichen Stellungnahmen in Fragen des Bekenntnisses und über das Verfahren vor dem Verfassungs- und Verwaltungsgericht getroffen werden.

(2) Die Verträge sind im Amtsblatt der Vereinigten Kirche zu veröffentlichen.

§ 9

Die zur Ausführung des Gesetzes erforderlichen Verordnungen erläßt die Kirchenleitung.

II. Beschlüsse und Verträge

Nr. 41 Entschließung von Generalsynode und Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zur Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa (Leuenberger Konkordie).

Vom 25. Oktober 1973

I.

Generalsynode und Bischofskonferenz der VELKD hatten im Oktober 1972 dem Entwurf einer Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa grundsätzlich zugestimmt, jedoch die Notwendigkeit einer Überarbeitung betont. Diese Überarbeitung hat stattgefunden.

Wir sind der Auffassung, daß die von Generalsynode und Bischofskonferenz der VELKD ausgesprochenen grundlegenden Vorschläge (Teil II der Entschließung vom 26. Oktober 1972) ausreichend berücksichtigt worden sind.

1. Das Verhältnis zwischen „wahrer Einheit der Kirche“ und „Kirchengemeinschaft“ (Ziff. 2 des Entwurfs) wurde entsprechend unseren Formulierungsvorschlägen geklärt. In Ziff. 2 wurden die Sätze umgestellt. Auf diese Weise ergibt sich, daß „Kirchengemeinschaft“ nicht mit „Kirche Jesu Christi“ gleichzusetzen, sondern als von Menschen zu gestaltende Gemeinschaft unter bekenntnisverschiedenen Kirchen (vgl. Ziff. 29 und 37 der Konkordie) anzusehen ist, die der wahren Einheit der Kirche dient. In Ziff. 34 (Ziff. 33 des Entwurfs für die Konkordie) ist entsprechend nicht mehr von der Anerkennung von Kirchen als „Kirche Jesu Christi“ die Rede.
2. Die Leuenberger Konkordie hat zwar in den Ziffern 20 und 26 einerseits und Ziff. 23 andererseits eine unterschiedliche Formulierung bezüglich der Übereinstimmung in der Frage der Verwerfungen beibehalten. Dieses entspricht dem unterschiedlichen Inhalt der Ziffern. In der Zusammenfassung (Ziff. 27) ist jedoch klargelegt, daß keine unterschiedliche Bewertung der Einzelfeststellung zulässig ist.
3. In den Ziffern 27 Satz 1 und 32 sind die Formulierungen aufeinander abgestimmt worden. Dabei wurde der Vorschlag berücksichtigt vom „(gegenwärtigen) Stand der Lehre“ zu sprechen.
4. Der Vorschlag, als Gegenstand der Übereinstimmung nicht nur Teil II, sondern auch Teil III zu sehen, wurde in der Neuformulierung von Ziff. 31 aufgenommen.
5. Der Vorschlag, statt zwischen „Herstellung“ und „Verwirklichung“ von Kirchengemeinschaft zwischen „Erklärung“ und „Verwirklichung“ zu unterscheiden, wurde an allen entsprechenden Stellen aufgenommen.

Über diese notwendigen Klärungen hinaus ist eine größere Zahl von Vorschlägen, die in der Anlage zur

Entschließung der Generalsynode und der Bischofskonferenz der VELKD vom 26. Oktober 1972 enthalten sind, dem Wortlaut oder dem Sinne nach berücksichtigt worden.

Besonders wichtig erscheint uns, daß in Ziff. 37 klargelegt wurde, daß die Konkordie als zwischenkirchliche Vereinbarung die verpflichtende Geltung der Bekenntnisse in den einzelnen Kirchen unangetastet läßt und sich selbst nicht als ein neues Bekenntnis versteht, sondern als eine Feststellung von Gemeinsamkeiten, die sich aus den geltenden Bekenntnissen unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Standes der Lehre in den beteiligten Kirchen ergeben. Damit ist eindeutig erklärt, daß die Konkordie weder als übergeordnetes Bekenntnis, noch als „hermeneutischer Schlüssel“ der Bekenntnisse verstanden werden kann. Sie erkennt vielmehr an, daß die beteiligten Kirchen wie bisher ihren Bekenntnissen oder Traditionen verpflichtet bleiben (Ziff. 30), daß diese Verpflichtung ihnen aber den Weg in die Kirchengemeinschaft nicht versperrt.

II.

Generalsynode und Bischofskonferenz empfehlen den Gliedkirchen die Annahme der Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa (Leuenberger Konkordie).

Um gemeinsames Handeln zu gewährleisten, bitten wir die Gliedkirchen der VELKD, vor Abgabe einer Erklärung gegenüber dem Ökumenischen Rat der Kirchen zunächst mit der Vereinigten Kirche eine Abstimmung zu suchen. Die Bischofskonferenz wird diese Abstimmung unter den Gliedkirchen fördern und auch in einer Konsultation verantwortlicher kirchenleitender Persönlichkeiten für alle lutherischen Kirchen in Europa suchen.

III.

1. Für die Zustimmungserklärung sollte nach unserer Auffassung einheitlich die im Begleitbrief zur Konkordie (Ziff. 6 c) vorgeschlagene Formulierung gewählt werden.
2. Wir gehen davon aus, daß die Kirchengemeinschaft zu dem Zeitpunkt wirksam wird, zu dem die beim Ökumenischen Rat der Kirchen abgegebenen Zustimmungserklärungen von den beteiligten Kirchen zur Kenntnis genommen werden.
3. Ebenfalls gehen wir davon aus, daß den Gliedkirchen eine Prüfung darüber vorbehalten bleibt, ob Kirchengemeinschaft besteht, sofern die Zustimmungserklärungen anderer Kirchen Aussagen enthalten, die eine inhaltliche Änderung der Konkordie bedeuten.

IV.

1. Im Sinne der Entschließung der Generalsynode vom 26. Oktober 1972, Teil IV, gehen wir davon aus, daß eine Annahme der Konkordie keinen Gewissenszwang gegenüber den im Dienst der Verkündigung Stehenden, den Kirchengemeinden und ihren Gliedern zur Folge haben darf. Dieses verpflichtet dazu, daß bei Schritten zur Verwirklichung der Kirchengemeinschaft in den Gemeinden — ggf. auch in rechtlichen Regelungen — Rücksicht genommen wird auf die Amtsträger und Gemeindeglieder, die der Leuenberger Konkordie nicht zustimmen können. In Ziff. 42 und 43 der Konkordie ist ausdrücklich festgestellt, daß mit einer Annahme der Konkordie keine unmittelbar oder mittelbar zwingenden Rechtsfolgen für die Ordnung des Dienstes der Verkündigung und des Gemeindelebens in den beteiligten Kirchen wirksam werden.
2. Wir bitten die Gliedkirchen, bei der abschließenden Behandlung der Konkordie auch zu prüfen, ob Feststellungen getroffen werden müssen, die für Amtsträger und Gemeindeglieder die Freiheit sichern, die erforderlich ist, wenn die Verwirklichung der Kirchengemeinschaft der „einigenden Kraft des Heiligen Geistes“ (Ziff. 35 der Konkordie) bei allen Beteiligten Raum geben soll.

V.

Die Kirchenleitung wird gebeten, die Folgen, die sich aus der Annahme der Konkordie vor allem in der EKD, in den einzelnen Gliedkirchen der VELKD und in den Gemeinden ergeben, weiter prüfen zu lassen und der Generalsynode bei der nächsten Sitzung zu berichten. Die Gliedkirchen werden gebeten, in den Fragen der Praktizierung von Kirchengemeinschaft aufgrund der Leuenberger Konkordie gemeinsam vorzugehen.

VI.

Mit der Zustimmung zur Konkordie verpflichten sich die Kirchen zu kontinuierlichen Lehrgesprächen untereinander (Ziff. 37). In diesen Gesprächen sollen die „Lehrunterschiede, die in und zwischen den beteiligten Kirchen bestehen, ohne als kirchentrennend zu gelten“ bearbeitet und solche Probleme aufgenommen werden, die sich im Blick auf Zeugnis und Dienst, Ordnung und Praxis neu ergeben (Ziff. 39).

Für entsprechende Lehrgespräche empfehlen wir unter der aktuellen Fragestellung „Kirche und Gesellschaft“ die in Ziff. 39 angesprochenen Fragen des Verhältnisses von Gesetz und Evangelium und der Zwei-Reiche-Lehre bzw. der Lehre von der Königsherrschaft Christi zu behandeln.

Wir empfehlen ferner die Behandlung der in Ziff. 39 genannten Fragestellung „Amt und Ordination“ und in diesem Zusammenhang Gespräche über die bestehenden Auffassungen von den „vielfältigen Ämtern und Diensten“ (Ziff. 13) zu führen.

Lübeck-Travemünde, den 25. Oktober 1973

Der Präsident der Generalsynode

Boyken

Der Leitende Bischof

D. Wölber

Nr. 42 Entschließung der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zum Fonds für Gerechtigkeit und Versöhnung.

Vom 25. Oktober 1973

1. Die Generalsynode der VELKD hat den Bericht von zwei Vertretern des Südafrikanischen Kirchenrates (South African Council of Churches, abgek. SACC) über die derzeitige gesellschaftliche Situation im Südlichen Afrika und die sich darin den Kirchen bietenden Arbeitsmöglichkeiten mit großem Dank entgegengenommen.

Sie nimmt diesen Anlaß wahr, um die im Blick auf das Südliche Afrika vom Exekutivkomitee des Lutherischen Weltbundes (LWB) im Juli 1973 in Eisenach gefaßten Resolutionen nachdrücklich zu unterstützen.

Sie erinnert zugleich an ihre schon am 8. Oktober 1970 abgegebene Erklärung, in der es heißt: „Wo Menschen in Kämpfen und Spannungen zwischen politischen Gruppen, Völkern und Rassen leiden, muß sich die Kirche ihrer annehmen und ihrem Auftrag gemäß für Gerechtigkeit und Frieden durch Versöhnung wirken.“

2. Die Generalsynode bittet die Gliedkirchen, im Sinne des Kirchenleitungsbeschlusses vom 25. Mai 1973 tätig zu werden. In diesem Beschluß heißt es unter Punkt 4: „... daß den lutherischen Kirchen im Südlichen Afrika finanziell die Möglichkeit gegeben wird, sich an Programmen zur Überwindung der rassischen Spannungen im Lande zu beteiligen, indem ein Fonds bei der VELKD eingerichtet wird für „Gerechtigkeit und Versöhnung“, aus dem nur dann Mittel zur Verfügung gestellt werden dürfen, wenn ausdrücklich nach Beschluß des zuständigen Prüfungsausschusses der Föderation Ev.-Luth. Kirchen im Südlichen Afrika (FELCSA) um eine entsprechende Unterstützung gebeten wird. Hier sollten allein die Kriterien der Mitgliedskirchen der FELCSA und ihr Wille zum Handeln ausschlaggebend sein.“

Daran anknüpfend fordert die Generalsynode alle Gliedkirchen der VELKD auf, diesen Fonds großzügig zu unterstützen.

3. Die Kirchenleitung wird gebeten, das Lutherische Kirchenamt zu beauftragen, eine Zusammenstellung von Dokumenten zu veröffentlichen, die zum Verständnis der südafrikanischen Situation und der sich den Kirchen dort stellenden Aufgaben beiträgt. In dieser Zusammenstellung sollten u. a. enthalten sein:
 - a) Der Beschluß der Vollversammlung des LWB zur Frage der Menschenrechte (Evian 1970)
 - b) Die Resolution des Exekutivkomitees des LWB (Eisenach 1973)
 - c) Die Erklärung der lutherischen Kirchenführer Südafrikas (Hammanskraal 1971)
 - d) Die Ansprachen der beiden Vertreter des SACC vor der Generalsynode am 24. Oktober 1973.

Lübeck-Travemünde, den 25. Oktober 1973

Der Präsident der Generalsynode

Boyken

Nr. 43 Entschließung der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zur Weiterführung des evangelisch-katholischen Gespräches.

Vom 25. Oktober 1973

1. Die bisherigen Gespräche zwischen römisch-katholischen und evangelischen Theologen auf den verschiedensten Ebenen haben zu Übereinstimmungen und Annäherungen in wichtigen Fragen des Glaubens geführt. Damit die erarbeiteten Ergebnisse fruchtbar werden können, ist es nötig, die Dokumente so zu veröffentlichen, daß sie für ökumenische Kreise, für interessierte Gemeinden und für Pfarrer leicht zugänglich sind. Wir schlagen deshalb vor, entsprechendes Material in einem Sonderdruck zu veröffentlichen und möglichst weit zu verbreiten, z. B. das sogenannte „Malta-Papier“, die Ausarbeitung der Gruppe von Dombes, das Memorandum der deutschen ökumenischen Universitätsinstitute, das Straßburg-Papier „Eucharistische Gastbereitschaft“. Hinweise auf Literatur über den interkonfessionellen Dialog und die neuere katholische Lutherforschung sollen hinzugefügt werden.
2. Gespräche von Theologen und Kirchenleitungen, ökumenische Aktivitäten auf Gemeindeebene sowie vielfältig persönliche Kontakte ermutigen uns, die Bemühungen um die Einheit der Kirche fortzusetzen und zu verstärken. Wir werden die Krisen und Schwierigkeiten, in die der Glaube in beiden Konfessionen geraten ist, nicht getrennt, sondern nur gemeinsam bewältigen, indem jeder den anderen zum Evangelium ruft. Wir brauchen einander.
3. So beschränkt sich ein Teil der katholischen Lutherforschung nicht mehr auf eine gerechte historische Würdigung der Theologie und Person Luthers. In Aufnahme und Weiterführung systematischer Lutherinterpretation kommen evangelische und katholische Forscher zu Ergebnissen, die beide Kirchen zu einer grundlegenden Neuorientierung nötigen. Der Catholica-Beauftragte der VELKD unterstreicht in seinem Bericht vor der Generalsynode, daß die Frage der Vollmacht der christlichen Verkündigung, der Glaubensgewißheit und der christlichen Wahrheitsfindung im Kontext neuzeitlichen Denkens beide Kirchen vor gemeinsame Aufgaben stellt. Der Catholica-Arbeitskreis der VELKD wird gebeten, die hier genannten kritischen Rückfragen an Theologie und Kirche aufzuarbeiten und für die theologische und kirchliche Grundlagendiskussion der VELKD fruchtbar zu machen.

Lübeck-Travemünde, den 25. Oktober 1973

Der Präsident der Generalsynode

Boyken

Nr. 44 Beschluß der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands betr. die Ordnungen „Ordination und Einführung“ und „Einführung eines Pfarrers“.

Vom 25. Oktober 1973

1. Die Ordnungen „Ordination und Einführung“ und „Einführung eines Pfarrers“ werden den Gliedkir-

chen in beigefügter Fassung *) zur Stellungnahme und Erprobung zugeleitet.

2. Die endgültige Verabschiedung soll im Zusammenhang mit der Revision der gesamten Agende IV erfolgen.

Lübeck-Travemünde, den 25. Oktober 1973

Der Präsident der Generalsynode

Boyken

Nr. 45 Beschluß der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands betr. Revisionsarbeit an Agende I.

Vom 24. Oktober 1973

Zur Beratung der Vorlage betreffend die Revision von Agende I (Vorlage Nr. 8a) wird ein synodaler Ausschuß gebildet, der der Generalsynode bis zu ihrer nächsten Tagung den Entwurf einer Stellungnahme vorlegen soll.

Lübeck-Travemünde, den 24. Oktober 1973

Der Präsident der Generalsynode

Boyken

Es wird bekanntgegeben, daß sich der unter vorstehender Nr. 45 genannte synodale Ausschuß wie folgt zusammensetzt:

Dr. Blendinger
Landessuperintendent Prof. Dr. Heubach
Frau Klein
Frau Prof. Dr. Ramsauer
Oberschwester Hildegard Schulz
Oberprediger Dr. Ulbrich
Superintendent Voigt
Pastor Wenn
Landesmusikdirektor Wiese

Nr. 46 Beschluß der Generalsynode über den Haushaltsplan und die Umlage der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands für das Rechnungsjahr 1974.

Vom 23. Oktober 1973

Auf Grund von Artikel 17 der Verfassung hat die Generalsynode beschlossen:

I.

Für das Rechnungsjahr 1974 (1. Januar 1974 bis 31. Dezember 1974) gilt der als Anlage I beigefügte Haushalts- und Stellenplan.

*) Hier nicht abgedruckt. Kann beim Lutherischen Kirchenamt angefordert werden.

II.

Der Haushaltsplan wird in Einnahme und Ausgabe mit 4 708 250,— DM festgestellt.

III.

1. Die Ansätze des Haushaltsplanes innerhalb der einzelnen Ausgabekapitel sind — mit Ausnahme der Titel 28 in Kapitel 2, 50 und 51 in Kapitel 5 und 80 in Kapitel 8 — gegenseitig deckungsfähig. Nicht gegenseitig deckungsfähig sind jedoch Personal- und Sachausgaben.
2. Die Überschreitung von Ausgabekapiteln bedarf eines zustimmenden Beschlusses der Kirchenleitung. Außerplanmäßige Ausgaben bedürfen außerdem der Zustimmung des Finanzausschusses.

Eine genehmigungspflichtige Überschreitung liegt nicht vor, wenn

- a) ein Ausgleich aus Kapitel 8 Titel 82 „Verstärkungsmittel“ vorgenommen wird
 - b) Mehreinnahmen aus Kollekten zum Ausgleich von Überschreitungen im Titel 51 verwendet werden
 - c) die Kirchenleitung — gegebenenfalls im schriftlichen Verfahren — einer einseitigen Deckungsfähigkeit von Kapitel zu Kapitel zustimmt, Ziff. 1 Satz 2 bleibt unberührt; ausgenommen ist Titel 28 in Kapitel 2. Ein dahingehender Beschluß ist dem Finanzausschuß der Generalsynode anzuzeigen.
 - d) Ausgaben in den Titeln 20 bis 23, 50 und 54 auftreten, die auf rechtlichen Verpflichtungen nach Vorschriften des Staates oder der Vereinigten Kirche beruhen; solche Überschreitungen sind der Kirchenleitung anzuzeigen.
3. Überschüsse, die sich beim Abschluß des Rechnungsjahres ergeben, sind zur Verstärkung der allgemeinen Ausgleichsrücklage zu verwenden, soweit nicht der Finanzausschuß eine andere Verwendung beschließt.

IV.

1. Der durch Umlage der Gliedkirchen aufzubringende Finanzbedarf beträgt im Rechnungsjahr 1974 für den Haushaltsplan 4 480 750,— DM. Diesen Finanzbedarf bringen die Gliedkirchen nach dem anliegenden Umlageverteilungsschlüssel auf (siehe Anlage II).
2. Der durch Umlagen aufzubringende Betrag ist von den Gliedkirchen **monatlich im voraus** oder in vier gleichen Teilbeträgen **vierteljährlich im voraus** an das Lutherische Kirchenamt zu zahlen.

V.

Zur Förderung der im Titel 51 des Haushaltsplanes bezeichneten Aufgaben wird eine Kollekte ausgeschrieben. Sie ist in allen Gliedkirchen einzusammeln.

VI.

Der Haushaltsplan gilt gemäß Artikel 17 Absatz 1 der Verfassung über das Rechnungsjahr 1974 hinaus bis zur Festsetzung eines neuen Haushaltsplanes.

VII.

1. Die Kirchenleitung wird ermächtigt, für unvorhergesehene Ausgaben, die auf rechtlichen Verpflichtungen beruhen und nicht aus dem Haushaltsplan gedeckt werden können, mit Zustimmung des Finanzausschusses einen Nachtragshaushaltsplan zu beschließen.
2. Die Aufnahme von Kassenkrediten von insgesamt bis zu 250 000,— DM, die aus Mitteln des laufenden Rechnungsjahres abgedeckt werden können, ist dem Lutherischen Kirchenamt gestattet; bei einer höheren Summe bedarf es eines Beschlusses der Kirchenleitung. Die Aufnahme von Anleihen bedarf der vorherigen Zustimmung des Finanzausschusses der Generalsynode.

Der Präsident der Generalsynode

Boyken

Haushaltsplan der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands für das Rechnungsjahr 1974

Zusammenstellung der Einnahmen

Einnahmen	Soll 1972	Ist 1972	Soll 1973	Soll 1974	Vergleich zum Soll 1973 DM
	DM	DM	DM	DM	
Kapitel 01 Vermögenserträge	600,—	2 401,53	600,—	2 500,—	+ 1 900,—
Kapitel 02 Umlagen	3 407 600,—	3 407 600,—	3 975 100,—	4 480 750,—	+ 505 650,—
Kapitel 03 Kollekten	155 000,—	190 316,69	160 000,—	180 000,—	+ 20 000,—
Kapitel 04 Mietwohnungen	7 000,—	6 204,—	6 200,—	6 200,—	—,—
Kapitel 06 Verschiedenes	6 700,—	47 976,59	8 700,—	38 000,—	+ 30 100,—
	<u>3 576 900,—</u>	<u>3 654 498,81</u>	<u>4 150 600,—</u>	<u>4 708 250,—</u>	<u>+ 557 650,—</u>

Zusammenstellung der Ausgaben

Ausgaben	Soll 1972	Ist 1972	Soll 1973	Soll 1974	Vergleich zum Soll 1973 DM
	DM	DM	DM	DM	
Kapitel 1	97 000,—	103 408,36	111 000,—	139 000,—	+ 28 000,—
Kapitel 2	1 674 200,—	1 592 716,65	1 848 400,—	2 120 000,—	+ 271 600,—
Kapitel 3	47 800,—	53 351,58	64 800,—	65 800,—	+ 1 000,—
Kapitel 4	79 000,—	77 494,50	90 800,—	112 800,—	+ 22 000,—
Kapitel 5	962 900,—	996 545,33	1 179 100,—	1 390 650,—	+ 211 550,—
Kapitel 6	282 000,—	281 303,08	323 500,—	407 700,—	+ 84 200,—
Kapitel 7	284 000,—	278 110,91	305 500,—	351 500,—	+ 46 000,—
Kapitel 8	150 000,—	115 270,47	227 500,—	120 800,—	— 106 700,—
	<u>3 576 900,—</u>	<u>3 498 200,88</u>	<u>4 150 600,—</u>	<u>4 708 250,—</u>	<u>+ 557 650,—</u>

Einnahmen	Soll 1972	Ist 1972	Soll 1973	Soll 1974	Vergleich zum Soll 1973
	DM	DM	DM	DM	DM
Kapitel 01 Vermögenserträge					
010 Zinsen	600,—	2 401,53	600,—	2 500,—	+ 1 900,—
Kapitel 02 Umlagen	3 407 600,—	3 407 600,—	3 975 100,—	4 480 750,—	+ 505 650,—
Kapitel 03 Kollekten	155 000,—	190 316,69	160 000,—	180 000,—*	+ 20 000,—
Kapitel 04 Mietwohnungen					
041 Mieten	7 000,—	6 204,—	6 200,—	6 200,—	—,—
Kapitel 06 Verschiedenes					
061 Sonstige Einnahmen	6 000,—	13 898,25	8 000,—	38 500,—	+ 30 500,—
062 Entnahmen aus Rücklagen	—,—	8 393,84	—,—	—,—	—,—
063 Sonstige Einnahmen Berlin	700,—	327,14	700,—	300,—	— 400,—
064 Entnahme aus Rücklage Berlin	—,—	25 357,36	—,—	—,—	—,—
	3 576 900,—	3 654 498,81	4 150 600,—	4 708 250,—	+ 557 650,—

*) Sämtliche bei Kapitel 03 eingehenden Kollekten werden weitergeleitet, so daß eine Überschreitung des entsprechenden Ausgabetitels 51 möglich ist.

Ausgaben

Kapitel 1 Leitende Organe

Titel 10 Leitender Bischof					
100 Reisekosten	4 000,—	1 024,60	4 000,—	3 000,—	— 1 000,—
101 Repräsentationsaufgaben	2 000,—	2 444,32	2 000,—	3 000,—	+ 1 000,—
Titel 11 Bischofskonferenz	8 000,—	473,36	9 000,—	7 000,—	— 2 000,—
Titel 12 Generalsynode	70 000,—	87 555,51	83 000,—	111 000,—	+ 28 000,—
Titel 13 Kirchenleitung	13 000,—	11 910,57	13 000,—	15 000,—	+ 2 000,—
	97 000,—	103 408,36	111 000,—	139 000,—	+ 28 000,—

Kapitel 2 Lutherisches Kirchenamt Hannover

Titel 20 Besoldung der Referenten und Beamten					
a) Hannover	554 100,—	495 045,48	579 600,—	} 772 900,—	+ 131 400,—
b) Berlin (vorm. Tit. 30)	52 200,—	57 229,82	61 900,—		
Titel 21 Vergütung der Angestellten und Arbeiter					
a) Hannover	496 600,—	442 169,13	518 300,—	} 684 900,—	+ 7 600,—
b) Berlin (vorm. Tit. 31)	131 800,—	140 627,54	159 000,—		
Titel 22 Versorgung					
220 Versorgung der Beamten	45 600,—	40 400,34	34 200,—	35 300,—	+ 1 100,—
221 Versorgungskassenbeiträge (Pfarrer)	32 000,—	21 615,99	47 900,—	25 200,—	— 22 700,—
Übertrag:	1 312 300,—	1 197 088,30	1 400 900,—	1 518 300,—	117 400,—

Ausgaben		Soll 1972	Ist 1972	Soll 1973	Soll 1974	Vergleich zum Soll 1973
		DM	DM	DM	DM	DM
Übertrag:		1 312 300,—	1 197 088,30	1 400 900,—	1 518 300,—	117 400,—
222	Versorgungskassenbeiträge (Beamte)					
	a) Hannover	34 200,—	34 200,—	86 100,—	140 400,—	+ 39 900,—
	b) Berlin (vorm. Tit. 301)	5 700,—	5 700,—	14 400,—		
223	Zusatzversorgungskasse für Angestellte					
	a) Hannover	21 500,—	20 489,09	25 000,—	41 200,—	+ 16 200,—
	b) Berlin (in Tit. 31 enthalten)					
Titel 22 a	Absicherung einer möglichen Erhöhung der Sonderzuwendungen (Weihnachtsgeld)	—,—	—,—	—,—	35 000,—	+ 35 000,—
Titel 23	Fürsorgemaßnahmen					
230	Beihilfen und Unterstützungen					
	a) Hannover	20 000,—	27 280,—	23 500,—	36 000,—	+ 9 500,—
	b) Berlin	2 500,—	8 443,—	3 000,—		
231	Wohnungsfürsorge	15 000,—	16 851,66	18 000,—	35 000,—	+ 17 000,—
Titel 24	Reise- und Umzugskosten					
240	Reisekosten Inland	35 000,—	33 041,65	35 000,—	40 800,—	+ 5 800,—
241	Reisekosten Ausland	11 000,—	8 683,43	11 000,—	11 000,—	—,—
242	Umzugskosten (früher 290)	6 000,—	6 702,65	6 000,—	7 500,—	+ 1 500,—
243	Dienstkraftwagen	7 000,—	15 393,84	6 000,—	8 000,—	+ 2 000,—
Titel 25	Geschäftsbedürfnisse					
250	Bürobedarf					
2501	Bürobedarf, allgemein	13 000,—	11 685,70	14 000,—	21 000,—	+ 7 000,—
2502	Bürobedarf, Rank Xerox	27 500,—	26 631,19	25 000,—	21 000,—	— 4 000,—
251	Porto, Fracht	15 500,—	13 702,61	15 500,—	17 000,—	+ 1 500,—
252	Telefon, Fernschreiber	25 500,—	27 062,51	27 000,—	40 000,—	+ 13 000,—
253	Bücher, Zeitschriften	13 000,—	11 893,89	14 000,—	14 000,—	—,—
Titel 26	Dienstgebäude und Inventar					
260	Heizungs- und Grundstückskosten (incl. Reinigung)	23 000,—	37 714,08	41 000,—	44 000,—	+ 3 000,—
261	Tilgungsrücklage und Zinsen für Richard-Wagner-Str. 24	30 000,—	30 000,—	30 000,—	30 000,—	—,—
262	Bauunterhaltung	18 500,—	18 027,—	18 500,—	18 500,—	—,—
263	Inventarbeschaffung	21 000,—	21 083,99	15 000,—	16 000,—	+ 1 000,—
264	Inventar-Wartung und Reparatur	5 000,—	5 183,40	6 000,—	8 500,—	+ 2 500,—
Titel 27	Elektronische Datenverarbeitung	500,—	904,08	2 000,—	4 500,—	+ 2 500,—
Titel 28	Verfügungsfonds des Leiters	1 500,—	1 469,50	1 500,—	1 500,—	—,—
Titel 29	Sonstiges					
290	Verschiedene Ausgaben	7 000,—	11 919,88	7 800,—	9 000,—	+ 1 200,—
291	Repräsentationskosten	3 000,—	1 565,20	2 200,—	1 800,—	— 400,—
		<u>1 674 200,—</u>	<u>1 592 716,65</u>	<u>1 848 400,—</u>	<u>2 120 000,—</u>	<u>+ 271 600,—</u>

Ausgaben		Soll 1972	Ist 1972	Soll 1973	Soll 1974	Vergleich zum Soll 1973
		DM	DM	DM	DM	DM
Kapitel 3 Berliner Stelle (Dort bewirtschaftende Sachtitel)						
Titel 30—32 (zusammengezogen mit Titel 20, 21, 22, 23)						
Titel 33	Reisekosten und Dienstwagen	7 500,—	8 747,85	8 000,—	10 000,—	+ 2 000,—
Titel 34	Geschäftsbedürfnisse					
340	Bürobedarf und Inventar	5 500,—	3 630,51	5 500,—	6 000,—	+ 500,—
341	Porto, Fracht	3 500,—	2 258,—	2 000,—	3 000,—	+ 1 000,—
342	Telefon	3 500,—	4 709,08	5 000,—	5 000,—	—,—
343	Bücher und Zeitschriften	1 500,—	1 775,30	2 000,—	2 000,—	—,—
Titel 35	Dienstgebäude (Bewirtschaftung) . .	9 000,—	9 305,17	10 000,—	11 000,—	+ 1 000,—
Titel 36	Gebäude Clay-Allee, Terrassenstraße — Bauunterhaltung —	14 000,—	19 410,37	29 000,—	25 000,—	— 4 000,—
Titel 37	Verschiedene Ausgaben	2 500,—	2 724,31	2 500,—	3 000,—	+ 500,—
Titel 38	Betreuung ökumenischer Gäste . . .	800,—	790,99	800,—	800,—	—,—
		47 800,—	53 351,58	64 800,—	65 800,—	+ 1 000,—
Kapitel 4 Einrichtungen						
Titel 40	Ausschüsse	65 000,—	69 451,38	78 000,—	102 000,—	+ 24 000,—
Titel 41	Beauftragte	6 500,—	4 617,38	6 500,—	6 500,—	—,—
Titel 42	Verf.- und Verwaltungsgericht . . .	4 000,—	1 775,56	3 000,—	2 000,—	— 1 000,—
Titel 43	Senat für Amtszucht	3 000,—	1 650,18	3 000,—	2 000,—	— 1 000,—
Titel 44	Spruchorgane	500,—	—,—	300,—	300,—	—,—
		79 000,—	77 494,50	90 800,—	112 800,—	+ 22 000,—
Kapitel 5 Innerkirchliche Arbeit						
Titel 50	Prediger- u. Studienseminar Pullach	320 500,—	320 500,—	373 900,—	440 650,—	+ 66 750,—
Titel 51	Sonstige Ausbildungsstätten	137 500,—	170 283,06	160 000,—	180 000,—*	+ 20 000,—
Titel 52	Pastoralkolleg	20 000,—	16 798,79	20 000,—	20 000,—	—,—
Titel 53	Fachtagungen	6 000,—	5 938,42	6 000,—	16 000,—	+ 10 000,—
Titel 54	Handreichungen					
540	Katechismuskommission					
5401	Personalkosten	46 900,—	56 465,29	63 700,—	70 500,—	+ 6 800,—
5402	Reisekosten	10 000,—	15 602,24	18 000,—	10 000,—	— 8 000,—
5403	Sachkosten	7 000,—	9 867,23	8 000,—	28 000,—	+ 20 000,—
541	Sonstige Handreichungen	8 000,—	8 200,—	8 500,—	8 500,—	—,—
Titel 55	Publizistische Arbeit					
550	Zuschuß Lutherische Monatshefte .	174 000,—	174 000,—	226 000,—	252 000,—	+ 26 000,—
551	Informationen, Öffentlichkeitsarbeit	30 000,—	12 457,97	30 000,—	25 000,—	— 5 000,—
552	Amtliche Veröffentlichungen	46 000,—	50 785,38	46 000,—	58 000,—	+ 12 000,—
	Übertrag:	805 900,—	840 898,38	960 100,—	1 108 650,—	148 550,—

*) Sämtliche bei Kapitel 03 eingehenden Kollekten werden weitergeleitet, so daß eine Überschreitung möglich ist.

Ausgaben		Soll 1972	Ist 1972	Soll 1973	Soll 1974	Vergleich zum Soll 1973
		DM	DM	DM	DM	DM
Übertrag:		805 900,—	840 898,38	960 100,—	1 108 650,—	148 550,—
Titel 56	Forschung und Literatur					
560	Theologische Forschung	63 000,—	61 471,—	50 000,—	90 000,—	+ 40 000,—
561	Kirchenrechtl. Forschung und Studienkurse	10 000,—	9 175,95	15 000,—	17 000,—	+ 2 000,—
562	Druckkostenzuschüsse					
5620	Monographienreihe	7 500,—	7 500,—	—,—	—,—	—,—
5621	Fortsetzungswerke und Einzelveröffentlichungen	12 500,—	12 500,—	20 000,—	20 000,—	—,—
564	Sonstige Literaturhilfen	25 000,—	25 000,—	50 000,—	50 000,—	—,—
Titel 57	Kirchliche Einrichtungen					
570	Luthergesellschaft	15 000,—	15 000,—	15 000,—	18 000,—	+ 3 000,—
571	Berliner Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Publizistik					
5710	Rundfunkdienst	8 000,—	8 000,—	8 000,—	—,—	— 8 000,—
5711	Publizistisches Zentrum Berlin . .	—,—	—,—	25 000,—	50 000,—	+ 25 000,—
573	Auswanderer-Mission Hamburg . .	6 000,—	6 000,—	6 000,—	6 000,—	—,—
574	Andere Einrichtungen	10 000,—	11 000,—	10 000,—	11 000,—	+ 1 000,—
575	Ökumenische Stiftung Haus Victoria	—,—	—,—	10 000,—	10 000,—	—,—
576	Arbeiten der VELKD auf dem Gebiet der Seelsorge	—,—	—,—	10 000,—	10 000,—	—,—
		<u>962 900,—</u>	<u>996 545,33</u>	<u>1 179 100,—</u>	<u>1 390 650,—</u>	<u>+ 211 550,—</u>
Kapitel 6 Ökumenische- und Diasporaarbeit						
Titel 60	Leistungen an vertraglich verbun- dene Gemeinden und Kirchen im Ausland	55 000,—	53 244,50	55 000,—	90 000,—	+ 35 000,—
Titel 61	Diaspora					
610	Martin Luther-Bund				94 700,—	} + 22 700,—
611	Ev.-Luth. Kirche in Baden (Pensionsfonds)	75 000,—	73 900,—	115 000,—	40 000,—	
612	Sonstige Hilfen				3 000,—	
Titel 62	Literaturhilfen					
620	Weihnachtsversand	70 000,—	76 490,89	70 000,—	90 000,—	+ 20 000,—
621	Zeitschriftenversand	38 000,—	36 632,54	40 000,—	41 000,—	+ 1 000,—
622	Agendarische- und sonstige Spezialliteratur	5 000,—	6 856,95	5 000,—	8 000,—	+ 3 000,—
Titel 63	Besuchsdienst	7 000,—	1 846,09	8 000,—	8 000,—	—,—
Übertrag:		250 000,—	248 970,97	293 000,—	374 000,—	81 700,—

Ausgaben		Soll 1972	Ist 1972	Soll 1973	Soll 1974	Vergleich zum Soll 1973
		DM	DM	DM	DM	DM
	Übertrag:	250 000,—	248 970,97	293 000,—	374 000,—	81 700,—
Titel 64	Auswandererbegleitung und Schiffsgeistlichendienst	10 000,—	6 715,56	7 000,—	4 000,—	— 3 000,—
Titel 65	Ökumenische Studienarbeit	4 000,—	7 553,20	3 500,—	4 000,—	+ 500,—
Titel 66	Sonstige Beihilfen	18 000,—	18 063,35	20 000,—	25 000,—	+ 5 000,—
		282 000,—	281 303,08	323 500,—	407 700,—	+ 84 200,—
Kapitel 7 Zwischenkirchliche Beziehungen und Mission						
Titel 70	Zuschüsse an luth. kirchl. Zusammenschlüsse und Kirchen in Übersee					
700	Australien	5 000,—	2 034,08	5 000,—	5 000,—	—,—
701	Indien	10 000,—	10 000,—	10 000,—	10 000,—	—,—
702	Japan	10 000,—	10 343,70	20 000,—	20 000,—	—,—
703	Lateinamerika	20 000,—	19 579,66	30 000,—	45 000,—	+ 15 000,—
704	Südafrika	40 000,—	40 000,—	40 000,—	60 000,—	+ 20 000,—
705	Tanzania	100 000,—	100 000,—	100 000,—	90 000,—	— 10 000,—
Titel 71	Tanzania Assistance Committee . . .	30 000,—	30 000,—	30 000,—	30 000,—	—,—
Titel 72	Literaturhilfen für theol. Ausbildungsstätten	6 000,—	4 035,35	6 000,—	6 000,—	—,—
Titel 73	Skandinavien	6 000,—	3 082,71	6 000,—	7 000,—	+ 1 000,—
Titel 74	Stipendien und Studienförderung . .	15 000,—	10 208,40	15 000,—	15 000,—	—,—
Titel 75	Informationsmaterial für Gemeinden	7 000,—	7 000,—	8 500,—	8 500,—	—,—
Titel 76	Weltmission Einzelaufgaben	35 000,—	41 827,01	35 000,—	35 000,—	—,—
Titel 77	Leipziger Mission	—,—	—,—	—,—	20 000,—	+ 20 000,—
		284 000,—	278 110,91	305 500,—	351 500,—	+ 46 000,—
Kapitel 8 Sonstige Ausgaben und zum Ausgleich						
Titel 80	Unterstützungen in Notfällen	11 000,—	10 275,—	49 000,—	54 000,—	+ 5 000,—
Titel 81	Vermischte Ausgaben	15 000,—	16 695,47	22 500,—	22 500,—	—,—
Titel 82	Verstärkungsmittel	35 000,—	—,—	35 000,—	35 000,—	—,—
Titel 83	Rücklage Dienstwagen					
	a) Hannover	3 500,—	3 500,—	3 500,—	6 800,—	+ 300,—
	b) Berlin	3 000,—	3 000,—	3 000,—		
Titel 84	Rechnungsprüfung (vorm. Tit. 331) . .	2 500,—	1 800,—	2 500,—	2 500,—	—,—
Titel 85	Rücklage	—,—	—,—	—,—	—,—	—,—
Titel 86	Zu übersehender Fehlbedarf in 1972 für lfd. Versorgungskassenbeiträge	80 000,—	80 000,—	22 000,—	—,—	— 22 000,—
Titel 87	Lutherisches Verlagshaus (Geschäftskosten 1. Halbjahr 1973)	—,—	—,—	90 000,—	—,—	— 90 000,—
		150 000,—	115 270,47	227 500,—	120 800,—	— 106 700,—

Stellenplan der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Lutherisches Kirchenamt Hannover (einschließlich Berliner Stelle)

Rechnungsjahr 1974

Zahl der Stellen	Besoldungsgruppe der Bo. EKD/ Vergütungsgruppe	Bezeichnung der Stellen	Bemerkungen *)
1	B 5	Präsident	
2	B 2	Oberkirchenräte	
3	A 16	Oberkirchenräte	
4	A 13 — A 15	Kirchenassessor Kirchenräte Oberkirchenräte	
3	A 9 — A 13	Kircheninspektoren Kirchenoberinspektoren Kirchenamtmänner Kirchenamtsräte Kirchenoberamtsräte	Höchstens 1 Stelle nach A 13 und eine nach A 12; 1 Stelle neu
5	V c	Büroangestellte	
3	VI b	Büroangestellte	
12	VII/VI b	Büroangestellte	
5	VIII/VII	Büroangestellte	1 Stelle mehr unter Berücksichtigung möglichen Bewährungsaufstiegs, dafür in der unteren Gruppe eine weniger

*) Allgemeine Bemerkungen:

- a) Über die Eingruppierung im Einzelfall wird gesondert entschieden,
- b) Die Beamten und Angestellten erhalten eine nichtruhegehaltsfähige Stellenzulage, die die nichtruhegehaltsfähige Stellenzulage vergleichbarer Bundesbediensteter nicht übersteigt.

Umlage der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands im Rechnungsjahr 1974

Gliedkirche	% nach EKD-Schlüssel 1973	1973 DM	1974 DM	% der Gesamtumlage 1974
Bayern	8,52 %	1 351 693,—	1 313 711,—	29,319 %
Braunschweig	1,46 %	190 884,—	225 113,—	5,024 %
Eutin	0,17 %	20 631,—	26 212,—	0,585 %
Hamburg	2,45 %	368 889,—	377 772,—	8,431 %
Hannover	9,34 %	1 085 958,—	1 440 113,—	32,140 %
Lübeck	0,47 %	60 620,—	72 454,—	1,617 %
Schaumburg-Lippe	0,13 %	16 775,—	20 074,—	0,448 %
Schleswig-Holstein	6,52 %	879 650,—	1 005 301,—	22,436 %
	29,06 %	3 975 100,—	4 480 750,—	100,000 %

Nr. 47 Beschluß der Generalsynode über den Haushalts- und Stellenplan des Prediger- und Studienseminars Pullach für das Rechnungsjahr 1974.

Vom 23. Oktober 1973

Aufgrund von § 6 des Kirchengesetzes über das Prediger- und Studienseminar der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 9. Oktober 1959 (Abl. Bd. I S. 169) in Verbindung mit Artikel 17 der Verfassung der Vereinigten Kirche hat die Generalsynode beschlossen:

I.

Für das Rechnungsjahr 1974 (1. Januar 1974 bis

31. Dezember 1974) gilt der als Anlage A beigefügte Haushalts- und Stellenplan mit Erläuterungen.

II.

Der Haushaltsplan wird in Einnahme und Ausgabe mit 466 050,— DM festgestellt.

III.

Die Abschnitte III, VI und VII des Beschlusses über den Haushaltsplan und die Umlage der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands für das Rechnungsjahr 1974 gelten entsprechend.

Der Präsident der Generalsynode

Boyken

Haushaltsplan des Prediger- und Studienseminars der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands in Pullach für das Rechnungsjahr 1974

(Anhang zum Ordentlichen Haushaltsplan der Vereinigten Kirche gemäß § 6 des Kirchengesetzes über das Prediger- und Studienseminar der VELKD vom 9. Oktober 1959 — Abl. Bd. I S. 169)

Einnahmen	Soll 1972	Ist 1972	Soll 1973	Soll 1974	Vergleich zum Soll 1973 DM
	DM	DM	DM	DM	
5001 Einnahmen des Seminars	25 000,—	30 949,58	25 000,—	25 000,—	—,—
5002 Sonstige Einnahmen	500,—	816,48	300,—	400,—	+ 100,—
5002a Entnahmen aus Rücklagen	—,—	5 528,30	—,—	—,—	—,—
5003 Zuschuß aus dem Gesamthaushalt der VELKD	320 500,—	320 500,—	373 900,—	440 650,—	+ 66 750,—
	346 000,—	357 794,36	399 200,—	466 050,—	+ 66 850,—

Ausgaben

501 **Persönliche Kosten**

5010

5010a Bezüge der hauptamtl. Lehrkräfte .	86 800,—	100 404,21	} 96 000,—	106 200,—	+ 10 200,—
5010b Versorgungskassenbeitrag	—,—	—,—			
5011 Vergütung für nebenamtl. Lehrkräfte	12 500,—	12 350,—	13 000,—	24 500,—	+ 11 500,—
5012 Vergütung der Angestellten und Löhne der Arbeiter	118 300,—	109 723,50	130 000,—	145 000,—	+ 15 000,—
5013 Beihilfen	3 000,—	3 638,—	3 000,—	3 900,—	+ 900,—
5014 Verfügungsfonds des Rektors	300,—	260,80	300,—	300,—	—,—

502 **Sächliche Kosten**

5020 Bauunterhaltung	12 000,—	12 000,—	12 000,—	20 500,—	+ 8 500,—
5020a Umbau der Toiletten und Garagenausfahrt	—,—	5 528,30	—,—	—,—	—,—

Übertrag: 232 900,— 243 904,81 283 300,— 339 300,— 56 000,—

Ausgaben	Soll 1972	Ist 1972	Soll 1973	Soll 1974	Vergleich zum Soll 1973
	DM	DM	DM	DM	DM
Übertrag:	232 900,—	243 904,81	283 300,—	339 300,—	56 000,—
5021 Grundstücksbewirtschaftung	31 000,—	27 769,11	31 000,—	34 000,—	+ 3 000,—
5022 Inventar	5 500,—	5 719,74	5 500,—	6 500,—	+ 1 000,—
5023 Bürobedarf	1 500,—	1 454,16	1 500,—	1 650,—	+ 150,—
5024 Porto, Telefon	6 800,—	7 661,08	7 500,—	8 500,—	+ 1 000,—
5025 Bücher und Zeitschriften	13 000,—	15 209,43	13 000,—	15 000,—	+ 2 000,—
5026 Reisekosten und Studienfahrten . .	10 000,—	8 893,73	10 000,—	10 500,—	+ 500,—
5027 Dienstwagen	1 500,—	902,48	1 500,—	1 500,—	—,—
5028 An- und Abreise von Teilnehmern und Referenten	3 500,—	3 278,40	3 500,—	5 000,—	+ 1 500,—
503 Wirtschaftsführung					
5030 Verpflegungskosten für Teilnehmer und Gäste	30 900,—	29 284,11	32 000,—	35 000,—	+ 3 000,—
504 Sonstige Ausgaben					
5040 Rücklage für Dienstwagen	2 000,—	2 000,—	2 000,—	1 000,—	— 1 000,—
5041 Rechnungsprüfung	400,—	8,—	400,—	100,—	— 300,—
5042 Unvorhergesehenes und zum Ausgleich	7 000,—	11 709,31	8 000,—	8 000,—	—,—
	346 000,—	357 794,36	399 200,—	466 050,—	+ 66 850,—

Stellenplan des Prediger- und Studienseminars in Pullach

1974	1973		
1	1	Rektor	A 16
1	1	Studieninspektor	A 14
1	1	Wirtschaftsleiterin	BAT VII/VI b
1	1	Sekretärin (Diakonisse)	BAT VII/VI b
1	1	Hausmeister	BAT VIII/VII
4	4	Hausangestellte	BAT X/VIII
1	1	Praktikantin	MTB VIII

Erläuterung

Eine Änderung gegenüber 1973 ist **nicht** vorgesehen.
Über die Eingruppierung im Einzelfall wird gesondert entschieden.

Nr. 48 Beschluß der Generalsynode zu Haushaltsfragen.**Vom 23. Oktober 1973**

Aufgrund von Artikel 17 der Verfassung sowie des Kirchengesetzes über das Prediger- und Studienseminar der Vereinigten Kirche vom 9. Oktober 1959 wird beschlossen:

1. Dem Lutherischen Kirchenamt wird hinsichtlich der Haushaltsführung, Rechnungslegung und Kassenführung im Rechnungsjahr 1972 Entlastung erteilt.
2. Dem Lutherischen Kirchenamt wird hinsichtlich der

Jahresrechnung des Nachtragshaushaltsplanes 1972 Entlastung erteilt.

3. Dem Lutherischen Kirchenamt und dem Rektor des Prediger- und Studienseminars Pullach wird hinsichtlich der Haushaltsführung, Rechnungslegung und Kassenführung für das Prediger- und Studienseminar Pullach im Rechnungsjahr 1972 Entlastung erteilt.

Travemünde, den 23. Oktober 1973

Der Präsident der Generalsynode

Boyken

III. Mitteilungen

Nr. 49 Vertretungsermächtigung für das Lutherische Kirchenamt

Der Leitende Bischof ermächtigt das Lutherische Kirchenamt, die Vereinigte Kirche im Rahmen der Aufgaben nach Artikel 13 Absatz 1 ihrer Verfassung gerichtlich und außergerichtlich gemäß Artikel 10 Absatz 2 Satz 2 zu vertreten.

Hamburg, den 19. Oktober 1973

D. Wölber

Leitender Bischof

Nr. 50 Briefkastenordnung für die Geschäftsstelle des Verfassungs- und Verwaltungsgerichts und des Senats für Amtszucht der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands.

Gültig ab 1. Oktober 1973.

§ 1

Der Briefkasten am Gebäude der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands — Lutherisches Kirchenamt —, 3 Hannover, Richard-Wagner-Str. 26, ist zugleich Briefkasten der Geschäftsstelle des Verfassungs- und Verwaltungsgerichts und des Senats für Amtszucht der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands.

§ 2

Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des Gerichts und des Senats überprüft werktäglich morgens bei Dienstantritt und abends bei oder nach Dienstschluß den Briefkasten und stellt unter Eintragung in eine

Liste fest, ob für das Gericht bestimmte Eingänge enthalten sind. Danach trägt er sie in das Tagebuch des Gerichts (Senats) ein. An die Geschäftsstelle des Gerichts oder des Senats gerichtete, aber in die Registratur des Lutherischen Kirchenamts gelangte Eingänge erhalten dort keine **Numerierung**, jedoch einen Eingangsvermerk. Sie werden unverzüglich und ungeöffnet an die Geschäftsstelle abgegeben und sind im dortigen Tagebuch einzutragen, und zwar unter dem Tage ihres von der Registratur vermerkten Eingangs; der Schriftsatz selbst erhält den Eingangsvermerk des Urkundsbeamten vom selben Tage.

§ 3

Bei Dienstbeginn festgestellte Eingänge gelten als der Geschäftsstelle am Vortage um 24.00 Uhr zugegangen, wenn der Vortag ein Werktag war.

War der Vortag ein in Niedersachsen gesetzlicher Feiertag oder ein Sonnabend oder Sonntag, so gelten diese Eingänge als am vorangegangenen Werktag zugegangen.

§ 4

Vertreter des Urkundsbeamten Kirchenamtmanntmann Podschies sind Kirchenoberinspektor Kuhlmann und im Falle seiner Verhinderung der Büroleiter des Lutherischen Kirchenamtes.

§ 5

Diese Ordnung ergeht im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Lutherischen Kirchenamtes.

gez. Seidler

Der Präsident des Verfassungs-
und Verwaltungsgerichts

gez. Dr. Kuthning

Der Vorsitzende
des Senats für Amtszucht

Nr. 51 Organe/Amtsstellen und Gliederung.

Diesem Amtsblatt ist eine Broschüre über Organe, Amtsstellen und Gliederung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands und ihrer Gliedkirchen nach dem Stand vom 1. Oktober 1973 beigelegt.

Nr. 52 Information über die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands.

Diesem Amtsblatt ist eine Informationsschrift über die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands beigelegt.

IV. Personalmeldungen

Generalsynode**Finanzausschuß:**

Auf der 2. Tagung der 5. Generalsynode wurde Landwirtschaftsdirektor Dr. Walther Winter, Höchststadt/Aisch, für den aus der Generalsynode ausgeschiedenen Notar Rüdiger Graf zu Castell, Hof/Saale, in den Finanzausschuß gewählt.

Lutherisches Kirchenamt

Auf Grund des Beschlusses der Kirchenleitung vom 28. September 1973 ist Kirchenrat Jürgen Jeziorowski, bisher von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern zum Dienst bei der Vereinigten Kirche beurlaubt, unter Änderung der Dienstbezeichnung in Oberkirchenrat mit Wirkung vom 1. Oktober 1973 in das Kirchenbeamtenverhältnis auf Lebenszeit bei der Vereinigten Kirche berufen worden.